

atomwaffenfrei

informationen der gewaltfreien aktion atomwaffen abschaffen


Ostermarsch in Büchel 2012

Atomwaffen-Modernisierung – NEIN DANKE

Mit diesem Motto knüpft der diesjährige Ostermarsch am Fliegerhorst bei Büchel, dem letzten Atomwaffenstandort in Deutschland, an die neue Kampagne *atomwaffenfrei.jetzt!* an. Denn die Zeit ist reif für eine Welt ohne Atomwaffen und für ein Ende der nuklearen Abschreckungspolitik!

Der Protestmarsch am Ostermontag hat bereits Tradition, denn zum 2. Ostermarsch in 2011 kamen rund 300 Menschen in die Eifel, um gegen die illegale Stationierung der dortigen ca. 20 Massenvernichtungswaffen zu demonstrieren. Deutsche Tornadopiloten sollen den Abwurf von Atombomben immer noch trainieren und auf Befehl ausführen, obwohl der Kalte Krieg mehr als 20 Jahre zurück liegt. Auf dem kommenden NATO-Gipfel im Mai 2012 in Chicago soll über die nukleare Doktrin entschieden werden, die nukleare Präventivschläge gegen Nicht-atomwaffen-Staaten für alle Verbündeten, und damit auch für das Bundeswehr Tornado-Fliegergeschwader in Büchel, vorsieht. Hierdurch wäre z.B. der ange drohte U.S. Krieg auf die Atomanlagen gegen den Iran, egal ob mit uranhaltigen bunkerbrechenden „konventionellen“ Bomben oder mit Atombomben, durch die NATO gedeckt!

Atomwaffen-Abrüstung statt Modernisierung ist eine wichtige Forderung für den Standort Büchel, da ab 2017 die Atombomben, nachdem sie in den USA modernisiert wurden, ausgetauscht werden könnten. Die Bundestagsparteien beschlossen im März 2010 zwar einhellig, die Verhandlungen zum Abzug dieser Waffen aufzunehmen, dieses reicht aber nicht aus! Wir fordern von der Regierung einen Beschluss, mit dem sie aus der nuklearen Teilhabe in der NATO aussteigt und mit dem sie die US-Regierung auffordert, die illegalen Waffen endgültig abzuziehen. „Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages (NVV)(...). Deutschland kann national und international auf vielfältige Weise einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Atomwaffen leisten.“ (26.03.2010 Deutscher Bundestag).

atomwaffenfrei.
 **jetzt**

Der Protestmarsch beginnt am Ostermontag, den 9. April im Gewerbegebiet Büchel um 14 Uhr, dann geht es gut 3 km zum Haupttor des Fliegerhorstes, wo in der Nähe ab 15:30 Uhr die Kundgebung stattfindet.

Es sprechen Joachim Willmann von Pax Christi, der sich einem Interview mit dem Schauspieler und Kabarettisten Ingo Köhler stellt; Pfarrer Dr. Matthias Engelke, zum Thema Macht und Ohnmacht, und Marion Küpker von der GAAA/DFG-VK zum Thema Modernisierung von Atomwaffen und zu den Protesten gegen den NATO-Gipfel in Chicago.

Den Abschluss wird ein Beitrag von Richard Pestemer bilden, der als Bürgermeister sein Dorf bereits in eine menschen- und umweltverträgliche Zukunft geführt hat. Musikalisch umrahmt wird das Bühnenprogramm von der Trommelgruppe Muhr und der Sängerin Lee Bach, die mit eigenen Arrangements und Liedern von Joan Baez ihr 50-jähriges Bühnenjubiläum feiert!

Dazu planen wir eine Kunstperformance und ein kleines Mitmachprogramm – kommt und macht mit!

Veranstalter: Internationaler Versöhnungsbund, Regionalgruppe Cochem-Zell
 Initiativkreis gegen Atomwaffen:

Elke Koller / dr.elke.koller@t-online.de und
 Matthias W. Engelke / mw.engelke@t-online.de

Inhalt:

Editorial

- GAAA-Jahrestreffen in Koblenz 2
- Alte und neue NATO-Doktrin
- Vor jedem Krieg steht eine Lüge (Beispiel Irak)
- Angriff auf AKW im Irak als Lehre 3
- Krieg gegen den Iran verhindern 4



Foto: Herbert Sauerwein



**Gewaltfreie Aktion
 Atomwaffen Abschaffen**

Mitgliedsorganisation
 der



Liebe LeserInnen,

Ende Januar haben wir unsere GAAA-Jahrestagung in Koblenz abgehalten und unsere Pläne für dieses Jahr ausgemacht. Sie sind sehr umfangreich, wie Ihr gleich in diesem atomwaffenfrei weiter lesen könnt. Am 26. März 2012 beginnt unsere neue Kampagne atomwaffenfrei.jetzt des Trägerkreises unsere zukunfts atomwaffenfrei. Der 26. März 2010 war der Tag, an dem sich der Bundestag einhellig für den Abzug der letzten ca. 20 U.S. Atomwaffen aus Deutschland entschieden hat. Die Entscheidung für die neue nukleare Doktrin steht jetzt für das kommende NATO-Gipfeltreffen in Chicago im Mai 2012 an.



Dessen Ergebnisse werden die Weichen dafür stellen, ob sich der Zeiger der Weltuntergangs-Uhr, der vor kurzem um eine weitere Minute vor gerückt wurde - er steht jetzt auf fünf vor zwölf - dann noch dichter an die Zwölf geschoben werden muss. Die Doomsday-Clock wird u. a. von Wissenschaftlern des Bulletin of the Atomic Scientists in Chicago sowie dem gesamten Vorstand der britischen Royal Society in London, betreut. Ein drohender Krieg gegen die Atomanlagen im Iran könnte, wenn wir die Ankündigung einer zusätzlichen Einmischung Russlands ernst nehmen, einen letzten Weltkrieg bedeuten. Daher war es mir eine moralische Verpflichtung, noch einmal die Geschichte und Verbindung des zivilen Atomwaffenprogramms im Irak und des heutigen Iran im Zusammenhang mit dieser Kriegsgefahr zu beleuchten. Ich hoffe, Euch argumentativ eine Hilfe zu sein, sodass wir den Kampf gegen Atomwaffen und Krieg konsequent weiterführen und beenden können.

Liebe Grüße für die GAAA,
Marion Küpker

GAAA- Jahrestreffen in Koblenz

Mit 15 Menschen kamen wir in Koblenz zusammen, um wieder Pläne für Aktionen zu unserem Anliegen „einer atomwaffenfreien Welt“ auszuhecken.

Auf unserer Veranstaltung am Freitagabend referierte Gregor Böckermann von den Ordensleuten für den Frieden über Aktionen Ziviler Ungehorsams, an denen er u.a. gegen die Deutsche Bank teilgenommen hat. Werner Hufer-Kilian vom BUND Koblenz machte deutlich, welchen großen Zulauf die Koblenzer Anti-Atom-Montagsspaziergänge immer noch haben, und wie doch letztendlich alle Probleme miteinander zusammenhängen: Das auf Profit und Wachstum angelegte Wirtschaftssystem zerstört nicht nur unsere natürlichen Lebensgrundlagen u. a. in Form von Klimawandel mit allen seinen Auswirkungen, sondern braucht Kriege und Banken, die dieses militärisch und finanziell absichern. Elke Koller vom regionalen Initiativkreis gegen Atomwaffen gab uns zum Stand des Bundeswehr-Fliegerhorstes Büchel Auskunft darüber, dass das Kampfflugzeug „Eurofighter“ (von EADS) dort nicht mehr stationiert werden soll. Stattdessen sollen alle „Tornados“ der verschiedenen Fliegerhorste in Büchel zusammengezogen werden und der Standort erst mal weiter als Atomwaffen-Standort voll funktionsfähig bleiben. In den USA dagegen tobte die Auseinandersetzung: Während es Präsident Obama an dem nötigen Geld fehlt, wurde er an seinen Teil des Deals mit der Atomindustrie erinnert. Auf dem „Nuclear Deterrence Summit“ wurde jetzt im Februar 7,9 Milliarden US-Dollar für die neuen Atomwaffen-Produktionsstätten bewilligt, damit diese gebaut werden können. Geplant ist, die US-Atomsprengköpfe des Typs B61 zwar abzuziehen, aber nur um in den USA modernisiert und 2017 als B61-12 wieder zurückgebracht werden zu können. Der Sprengkopf B61-12 soll präziser sein und weniger „Kollateralschäden“ erzeugen. Das macht ihn damit „einsatzfähiger“, d.h. die Hemmschwelle für seinen Einsatz wird herunter gesetzt! Und damit waren wir mitten drin in der Diskussion darum, welche Einsatzgefahr denn überhaupt von alten und modernisierten Atomwaffen in Büchel ausgeht?! Realistisch betrachtet würden die Atombomben aus Büchel kaum zum Einsatz kommen, da ihr Trägerflugzeug, der Tornado, nur eine Reichweite von 500 km besitzt und weitere 500 km für den Rückflug, d.h. er wäre gerade mal an die polnische Grenze gekommen. Luftbetankungen werden bei Atomwaffen-Trägerflugzeugen aufgrund des Unfallrisikos nicht gemacht. Allerdings gäbe es die Möglichkeit, über die Atomwaffen-Stützpunkte in Italien und Griechenland zur Osttürkei und von dort zumindest in den Iran zu kommen. Andersherum bedeutet aber ein Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ein



Foto: Carsten Orth

noch größerer Druck, diese dann auch aus den anderen verbliebenen europäischen Ländern Holland, Belgien, Italien und der Türkei abzuziehen. Unsere Einschätzung war hier, dass die Atombomben für die USA eine wichtige politische Funktion haben: „power and burden sharing – Macht und Lasten-Teilung“, worum es auch in der neu anstehenden nuklearen NATO-Doktrin geht, die in Chicago im Mai 2012 für alle NATO-Verbündeten bindend werden soll (siehe S. 3).

Vorstellung der Kampagne atomwaffenfrei.jetzt!

Wir haben unseren GAAA-Schwerpunkt in dieser neuen Kampagne bestimmt und wollen die gefährliche NATO-Atomwaffen-Modernisierung und die dazugehörige Doktrin verstärkt in das regionale öffentliche Bewusstsein tragen. Damit wollen wir die Verankerung unseres Widerstandes in der südwestdeutschen Region verstärken und für die Teilnahme von Menschen von dort für zukünftige Aktionen (große Blockade-Aktion 2013) mobilisieren. Hierfür werden wir ein Informationsblatt mit Rückmeldekarte erstellen, Artikel schreiben, Redebeiträge halten und Veranstaltungen mit internationalen Gästen organisieren.

Wir unterstützen in der ersten Phase der Kampagne:

- den Ostermarsch in Büchel 2012
- die am 17. Mai (Christi Himmelfahrt) beginnende Sternfahrradtour aus verschiedenen Städten zum EUCOM (United States European Command) in Stuttgart, wo am 19. Mai am EUCOM ein Aktionstag sein wird. Die Fahrradtour führt anschließend zwei Wochen lang weiter über Heidelberg zu den Atomwaffen-Stützpunkten Büchel, Volkel (in den Niederlanden), Kleine Brogel (Belgien) und hin zum NATO-Hauptquartier nach Brüssel.
- ich (Marion Küpker) werde in Chicago an den Gegenveranstaltungen zum NATO-Gipfel „next stop. Chicago 2012“ teilnehmen, unseren Widerstand weiter vernetzen und unsere Forderungen bekannt machen
- die siebentägige Fasten-Mahnwache während der Hiroshima-Nagasaki-Gedenktage im August vorm Fliegerhorst Büchel ...

Alte und neue NATO-Doktrin

Eine Doktrin (vom lateinischen *doctrina* „Lehre“) ist ein System von Ansichten und Aussagen; oft mit dem Anspruch, allgemeine Gültigkeit zu besitzen. Die Doktrin der NATO, ursprünglich ein Bündnis zur gemeinsamen Verteidigung im Falle eines angegriffenen Partners, hat nach 2001 durch George W. Bush präventive Erstschläge „legalisiert“, und 2012 sollen diese sogar mit Atomwaffen erlaubt sein.

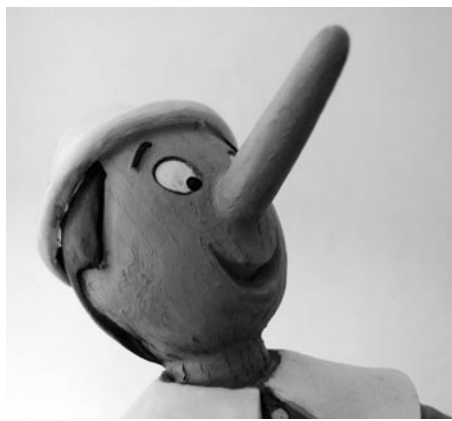
Im Juni 1981 war die Welt noch schockiert von Israels Angriff auf die irakische Atomanlage: „Bewaffnete Angriffe können unter solchen Umständen nicht gerechtfertigt sein. Sie repräsentieren einen schwerwiegenden Bruch des internationalen Rechts,“ sagte Margret Thatcher. „Israels hinterhältige Attacke ... war ein Akt von unverzeihlicher und kurzsichtiger Aggression“, schrieb die *New York Times*, und die *Los Angeles Times* nannte es „staatlich gesponserten Terrorismus“.

Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete einstimmig eine Resolution, die diesen Angriff verurteilte, und selbst die USA, sonst gewöhnlich auf Israels Seite, beteiligten sich daran. Es war klar: Falls präventive Angriffe als legal akzeptiert würden, wäre es das Ende der sowieso wackeligen UN-Struktur.

Jeder Staat könnte einen anderen unter dem Vorwand angreifen, sich bedroht gefühlt zu haben.

Erst nach dem Anschlag auf das „World Trade Center“ vom 11. September gab der UN-Sicherheitsrat den USA hierfür die Zustimmung. Der Sicherheitsrat akzeptierte zwar immer noch nicht ein Recht auf Rache, aber argumentierte, dieser Angriff sei so massiv gewesen, dass er als Aufforderung zum Gegenschlag angenommen werden könne. Washington wäre daher berechtigt, in Selbstverteidigung zurückzuschlagen. Jonathan Steele schrieb für den *Guardian*, dass dieses kontrovers diskutierte Argument so lange als eine neue legitime Interpretation des internationalen Rechts gelten werde, bis es von einer beträchtlichen Anzahl von Staaten kritisch hinterfragt würde. „Präsident Bush startete sein neues Konzept von Präventivkriegen: Die USA haben ein Recht, jedes Land präventiv anzugreifen, jede Nation, welche sich entscheidet Massenvernichtungswaffen zu entwickeln oder Terrorismus zu unterstützen. Es wurde eine Blankovollmacht für einen Krieg gegen die Welt!“

Die Strategien der USA und Frankreich enthalten bereits die Möglichkeit nuklearer Erstschläge, die sie im Mai 2012 auf dem Gipfeltreffen in Chicago in der neuen NATO-Doktrin für alle Verbündeten bindend machen wollen: mit gegangenen, mit gefangenen sozusagen, damit niemand auf die Idee kommt - selbst im Ernstfall eines nuklearen Präventivschlags - doch noch auszusichern.



Vor jedem Krieg steht eine Lüge (Beispiel Irak)

Mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages (NPT) hatte der Irak zugestimmt, seine Atomanlage unter Aufsicht der IAEA zu stellen. Irak und Frankreich gaben an, dass die irakischen Reaktoren für die friedliche wissenschaftliche Nutzung waren (z. B. für medizinische Zwecke). Die *Osirak* Forschungsreaktoren, die im Juni 1981 in der Tuwaitha-Anlage bombardiert wurden, waren vom französischen Ingenieur Yves Girard dafür ausgelegt worden, untauglich zur Herstellung von relevanten Mengen an Bombenmaterial zu sein. Richard Wilson, Physikprofessor an der Harvard Universität, nahm die beschädigte Anlage im Dezember 1982 in Augenschein und erklärte anschließend: „Um mit *Osirak* genug Plutonium für eine Atombombe zu sammeln, wären Jahrzehnte, nicht Jahre, nötig gewesen.“ Im Oktober 1981 veröffentlichten Experten im *Bulletin of the Atomic Scientists* die Aussage von Roger Richter, die er vorm US-Senats-Komitee für Auswärtige Beziehungen (United States Senate Committee on Foreign Relations) über angebliche „nukleare Sicherheitsschwächen der IAEA“ machte. Richter, ein früherer IAEA-Waffeninspekteur, bezeugte, dass nur Teile der irakischen Atomanlagen unter sicherer IAEA-Beobachtung stehen würden und dass die meisten „sensiblen Gebäude“ nicht Gegenstand der Aufsicht seien. U. a. widerlegte IAEA-Direktor General Sigvard Eklund diese Aussage, indem er erklärte, das Richter *Osirak* nicht inspiziert habe und auch nie mit Anlagen im Mittleren Osten betraut war. Er erklärte zudem, dass die Überwachungsverfahren effektiv waren. Das Bulletin stellte dies später wieder richtig. Auch Anthony Fainberg, ein Physiker des *Brookhaven National Labors*, widersprach Richters Behauptung, das ein Brennstoff-Aufbereitungsprogramm zur Herstellung von Atomwaffen heimlich hätte durchgeführt werden können. Zudem hätte es die Anwesenheit von hunderten von ausländischen Technikern den Irakern verunmöglicht, nötige Schritte in diese Richtung anzugehen.

Laut Bennett Rambert von der Nichtregierungsorganisation „The Committee to Bridge the Gap“ sollen der Irak und Iran während der dritten NPT-Überprüfungs-

konferenz das Thema „Angriffe auf AKW“ angesprochen und damit die Konferenz beinahe zum Scheitern gebracht haben. Das US-Verteidigungsministerium akzeptiere keinerlei Einschränkung hinsichtlich seiner Angriffsziele. Traurigerweise wurde und wird gerade der für die Atommächte zur nuklearen Abrüstung verpflichtende NPT-Vertrag dazu benutzt, Vorwände für Kriege zu schaffen: Erst wurde den Staaten Iran, Irak, Libyen und Nord-Korea die Atomenergie über den Artikel 4 „schmackhaft“ gemacht, sodass sie die Technologie für viel Geld genau von diesen Atommächten importierten, und dann wird ihnen ihr Atomprogramm mit der Begründung, dass sie „damit Atomwaffen entwickeln können“, zum Vorwurf gemacht. Auch wenn einzelne Staaten tatsächlich nach Atomwaffen strebten, so konnten sie die nicht in den im Rahmen des NPT verhandelten zivilen Anlagen produzieren. Diese Heuchelei und Doppelmoral wird dann besonders deutlich, wenn mensch sich ansieht, dass Israel, Pakistan und Indien, die den NPT nicht unterzeichnet haben, in den Besitz von sog. ziviler und militärischer Atomtechnologie durch westliche Atommächte kamen. Auch das stellt einen klaren Bruch des Vertrages dar. Die aktuell AKW importierenden Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens sollten sich dieser zweiseitigen Möglichkeit bewusst werden, denn eine spätere Besinnung könnte zu spät sein, abgesehen davon, dass auch die „zivile“ Atomenergienutzung ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt.

U.S. Angriff auf AKW im Irak

Spätestens seit dem Tschernobyl-Unfall weiß man, dass ein AKW zur Atombombe werden kann.

Die Menge des freigesetzten radioaktiven Cäsiums von Tschernobyl wurde mit 300–1000 Hiroshima-Bomben verglichen, je nachdem wie viel vom Reaktorbrennstoff durch die Explosion in die Umwelt gelangt sein soll. Die Geschichte zeigt uns, dass die USA bis heute das einzige Land sind, das mit Absicht einen „sich im Betrieb befindlichen Atomreaktor“ bombardiert hat. Am 17. Januar 1991 zerstörte das US-Militär im irakischen Tuwaitha Atomzentrum den russischen Forschungsreaktor IRT-50000 gerade mal 17 km außerhalb von Bagdad. Der damalige stellvertretende Generaldirektor der internationalen Atomaufsichtsbehörde (IAEA), Herr Zifferero, sieht es als absolutes Glück an, dass der Reaktorkern bei der Bombardierung nicht getroffen wurde. Die zwei französischen *Osirak* Forschungsreaktoren Tammuz 1 and Tammuz 2 des Tuwaitha Atomzentrums wurden bereits 1981 durch Israel zerstört, diese befanden sich allerdings noch im Bau. Der Kommandeur der verbündeten Streikkräfte im Persischen Golfkrieg, U.S. General H. Norman antwortete am 31. Januar 1991 in einem Informationsgespräch: „Bei jedem →



In den USA wurde 2010 während der NPT-Verhandlungen auf Werbetafeln gegen Ahmadinedschad: "Er ist hier nicht willkommen", gehetzt. UANI kritisiert interessanterweise auch den Waffenkonzern Honeywell als größten U.S. Exporteur in den Iran, der zufälligerweise für die B61 Atomsprengköpfe in Büchel steht.

Foto: Marion Küpker

Angriffsziel, sei es nuklear, chemisch oder biologisch – haben wir sehr vorsichtig mit der Beratung durch sehr prominente Wissenschaftler bestimmt, was die Zerstörung bedeutet. Wir wählten die Art der Zerstörung so aus, dass wir fast absolut, mit einer Gewissheit von 99,9 %, keine Verseuchung haben." Während Zifferero die Freisetzung von radioaktiven Material im Tuwaitha Zentrum als „vernachlässigbar“ beschreibt, berichtet ein aus der Geheimhaltung entlassenes Dokument aus dem Pentagon, dass der Schaden an der Produktionseinheit, die „die Brennelemente herstellte“ und hierfür „zwei heiße Zellen“ beinhaltete, genug nukleare Verseuchung verursachte, um die Schließung Tuwaithas zwei Tage nach der Bombardierung anzuordnen. Der gefährliche Brennstoff wurde nach Russland in die Kerntechnische Anlage Majak zurück gebracht. Aus: „U.S. First to Target [Operating] Nuclear Reactor“ in book Metal of Dishonor, Depleted Uranium, International Action Center, New York, 1997

Krieg gegen den Iran verhindern

Aus den Erfahrungen des Krieges gegen den Irak sollte jede/r gelernt haben, dass es beim Konflikt um das iranische Atomprogramm keineswegs um dortige Menschenrechtsverletzungen oder um eine realistische Gefahr durch etwaige zukünftige Atomwaffen gehen kann. Vielmehr sollen in dieser strategisch so wichtigen Region mittels der Drohung mit Atomkrieg und durch Wirtschafts-sanktionen sich deren Märkte und fossile Ressourcen angeeignet werden (im Irak sind durch die Sanktionen 1 ½ Millionen Menschen ermordet worden, davon eine halbe Million Kinder unter fünf Jahren!). Dieses geschieht für die Profite der immer gleichen westlichen Öl- und Rüstungsmultis, der „Global Players“ (globalen Spieler), deren Geschäfte auch noch von uns SteuerzahlerInnen mit Bürgschaften aus dem Staatsetat abgesichert werden. Dabei sind gerade die Hetzkampagnen gegen den Iran, auch von deutscher Seite, weitere Schritte zum Krieg, vielleicht sogar zum nuklear geführten 3. Weltkrieg. Wer einen Regierungschef als Wahnsinnigen beschuldigt, sollte auch bei den eigenen Staatshandlungen genauer hinschauen. Das Dämonisieren von Menschen ist uns aus unserer Geschichte nur allzugut bekannt, funktioniert aber anscheinend immer wieder aufs Neue. Vergessen werden sollte bei der „erzeugten Angst vor einem Präsidenten mit Atomwaffen“ nicht, dass der Iran umgeben ist von Atomwaffen in Pakistan, Israel, Russland, Türkei (U.S. Atomwaffen), auf dem US-Stützpunkt der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean, und zusätzlich kann der Iran über viele Flugzeugträger und Atom-U-Boote aus

allen Gegenden der Weltmeere auch durch Großbritannien und Frankreich erreicht werden. Wenn unsere Regierung tatsächlich soviel Angst vor einem nuklearen Angriff durch den Iran hätte, dann müsste sie die sofortige Abschaltung der eigenen Atomanlagen auf der Stelle einleiten, beinhaltet doch jedes einzelne AKW in seinen MOX-Brennelementen mindestens 1,2 Tonnen Plutonium. Dann würde sie ernsthafte Verhandlungen mit allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens über die Abschaffung aller Atomwaffen und auch aller Atomkraftwerke führen - statt AKW-Technologieexporte nach Brasilien, Finnland, GB, Indien und China zu erlauben (und finanziell durch Hermes-Bürgschaften absichern zu wollen), bzw. diese für Länder wie Saudi-Arabien zu befürworten. Der Iran hat zumindest erklärt, dass er sich am Ausstieg aus der Atomenergie beteiligen würde, falls die internationale Staatengemeinschaft den weltweit umsetzen wolle. Allerdings würde der Aufbau einer neuen Wirtschaftsweise - ohne fossile Energieträger und mit erneuerbaren Energien - auch ein Anfang vom Ende der unnützen Rüstungsproduktion im Wert von 1,6 Billionen US-Dollar jährlich bedeuten, wovon ¾ auf die NATO Länder zurückgehen. Das träfe gerade die deutschen Rüstungskonzerne „hart“, die zusammengenommen der drittgrößte Waffenlieferant der Welt sind. Allerdings nützt ihnen das Geld bei einem möglichen Weltkrieg auch nichts mehr, weshalb ein gezielter Ausstieg unserer Regierung aus der deutschen nuklearen NATO-Teilhabe den USA die Verweigerung der Gefolgschaft weiterer gefährlicher Kriege signalisieren kann.

Impressum atomwaffen frei

HerausgeberIn:
Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
V.i.S.d.P. Marion Küpker
Beckstr. 14
20357 Hamburg
Tel. 040 - 430 73 32
www.gaaa.org
gaaa@jpberlin.de

Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr

Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank
Konto-Nr. 8019151200
BLZ 43060967

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

www.gaaa.org | www.urawaffenkonferenz.de